Landtag von Baden-Württemberg **Drucksache 17 /**

17. Wahlperiode Eingang: 11.07.2022

Antrag

des Abg. Klaus Hoher u. a. FDP/DVP

Zukunftsfähige Nutztierhaltung in Baden-Württemberg

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. welche Bedeutung sie der Nutztierhaltung und den nutztierhaltenden Betrieben in Baden-Württemberg für die Biodiversität, für die Kulturlandschaft, für die Wertschöpfung im ländlichen Raum und für die Ernährungssicherheit im regionalen, nationalen und globalen Kontext beimisst;

2. wie sich die Anzahl der nutztierhaltenden Betriebe in Baden-Württemberg im vergangenen Jahr entwickelt hat und welche Entwicklungen sie hier in den kommenden drei Jahren erwartet (bitte differenziert nach Tierarten und nach Haltungsform);

3. welche Änderungen der regulatorischen und rechtlichen Rahmenbedingungen es zur Kennzeichnung in der Nutztierhaltung in den vergangenen fünf Jahren gab und wie sie diese bewertet;

4. wie sich die Methoden zur Kennzeichnung in der Nutztierhaltung in den vergangenen 20 Jahren entwickelt haben und wie sie diese jeweils unter den Aspekten Tierwohl, Zuverlässigkeit und Anwendbarkeit bewertet;

5. wie sie die Kennzeichnung mittels Mikrochips in der Nutztierhaltung bewertet;

6. inwiefern Betriebe, die ihre Tiere mit Chip kennzeichnen oder kennzeichnen wollen, trotzdem Ohrmarken nutzen müssen, beziehungsweise keine Fördermittel mehr erhalten, wenn sie ihre Tiere ausschließlich mit Mikrochips kennzeichnen;

7. inwiefern die aktuellen regulatorischen Rahmenbedingungen zur Kennzeichnung in der Nutztierhaltung die Besonderheiten der einzelnen Haltungsformen beispielsweise der extensiven Weidehaltung berücksichtigen;

8. wie sie das Potenzial digitaler Technologien bewertet, um die Tiergesundheit und das Tierwohl zu verbessern und die Rückverfolgbarkeit entlang der Wertschöpfungskette „Nutztierhaltung“ zu erhöhen;

9. inwiefern sie noch in dieser Legislaturperiode konkrete Maßnahmen umsetzen wird, um das Potenzial digitaler Technologien in der Nutztierhaltung weiter zu erforschen und zu heben (bitte unter Darstellung der jeweiligen Maßnahme);

10. wie sie die Pläne der Bundesregierung zur verpflichtenden Tierhaltungskennzeichnung bewertet;

11. wie sie den Forschungsbedarf auf dem Gebiet der Nutztierwissenschaften bewertet, insbesondere mit Blick auf die komplexen Zusammenhänge und mögliche Zielkonflikte zwischen „Tierwohl“ und anderen Nachhaltigkeitsfaktoren;

12. wie sie eine Integration des waffenrechtlichen Sachkundelehrgangs in den Sachkundelehrgang „Gatterwild“ bewertet, auch vor dem Hintergrund des Abbaus von bürokratischen Hürden für Nutztierhalten und Gehegebesitzer;

13. inwiefern sie vorsieht den waffenrechtlichen Sachkundelehrgang in den Sachkundelehrgang „Gatterwild“ zu integrieren;

14. inwiefern sie die Erforschung zukunftsweisender Lösungsansätze in der Nutztierhaltung unterstützt.

08.07.2022

Hoher, Heitlinger, Fischer, Haußmann, Goll, Dr. Kern, Brauer, Dr. Jung, Scheerer, Prof. Dr. Schweickert, FDP/DVP

B e g r ü n d u n g

Dass eine Anhebung des Tierwohlniveaus in der Nutztierhaltung erforderlich ist, ist unstrittig. Die Digitalisierung ist ein wichtiger Baustein bei der Transformation der Tierhaltung. Digitale Lösungsansätze können die Tiergesundheit und das Tierwohl verbessern, die Arbeitsbelastung der Landwirte verringern und die Rückverfolgbarkeit entlang der Wertschöpfungskette „Nutztierhaltung“ erhöhen. Die Möglichkeiten der technischen Innovation in der Landwirtschaft sind nach Auffassung der Antragsteller aber bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Dies betrifft unter anderem auch die Tierkennzeichnung. Um Tierseuchen zu bekämpfen und die Lebensmittelsicherheit zu erhöhen, ist die Kennzeichnung bestimmter landwirtschaftlicher Nutztiere und Heimtiere europaweit geregelt. Seit 2021 ist das Chip-Verfahren EU-weit zulässig. Der Antrag soll in Erfahrung bringen, wie die Landesregierung digitale Lösungen zur Verbesserung des Tierwohls in der Nutztierhaltung bewertet und welche Maßnahmen sie konkret umsetzt, um eine zukunftsfähige Nutztierhaltung in Baden-Württemberg zu ermöglichen.